



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

zu den interessanten Themen in dieser Woche gehörte die Begegnung mit der stellvertretenden UNICEF-Direktorin, Yoka Brandt, die eine aktuelle Information zu den Kinderflüchtlingen in Syrien gab. Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Dr. Peter

Maurer, berichtete über die Entwicklungen im humanitären Völkerrecht und bei internationalen Friedensoperationen.

Im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe äußerte sich Josef Zissels, der Vorsitzende des Vereins Jüdischer Gemeinden und Organisationen in der Ukraine und stellvertretender Vorsitzender des World Jewish Congress, zur Lage in der Ukraine, insbesondere zu dem russischen Vorwurf eines sich verbreitenden Antisemitismus im Zuge der oppositionellen Bewegungen auf dem Maidan. Mehr dazu erfahren Sie auf der dritten Seite.

Außerdem haben wir einen Untersuchungsausschuss zum Abhörskandal um den US-Geheimdienst NSA eingesetzt. Der Ausschuss soll klären, in welchem Umfang Nachrichtendienste der USA, Großbritanniens, Kanadas, Australiens und Neuseelands in Deutschland Daten der Regierung, von Unternehmen und von Bürgern abgeschöpft haben. Die Abhöraktion war durch die Enthüllungen des früheren NSA-Mitarbeiters Edward Snowden bekannt geworden.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr Martin Patzelt



Kindgerechte Führungen im Deutschen Bundestag



Am Montag besuchten Schülerinnen und Schüler der Klassen 5a und 5b der Evangelischen Grundschule Frankfurt (Oder) den Deutschen Bundestag. Eine sehr interessierte Gruppe von Kindern, die mir mit spannenden Fragen zu meinem politischen Alltag und persönlichen Leben begegnete. Der Aufenthalt in Berlin beinhaltete ein Gespräch mit mir und eine Führung durch den Deutschen Bundestag. Das hat mir sehr viel Freude bereitet.

Nr. 8/18. WP
21. März 2014

Termine - Vorschau

21.03.2014
Festveranstaltung 20
Jahre Seniorenunion

24.03.2014
Eröffnung des Wahl-
kreisbüros in Frankfurt
(Oder)

24.03.2014
Jahresempfang der
CDU Frankfurt (Oder)

26.03.2014
Gemeinsame Regional-
konferenz der Länder
Berlin und Branden-
burg

27.-28.03.2014
Klausurtagung der AG
Familie, Senioren, Frau-
en und Jugend in Ham-
burg

29.03.2014
Abschied Michael J.
Zielinski, Oberstleut-
nant d.R.

31.03.2014
Klausurtagung der AG
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe

01.04.2014
Teilnahme am Work-
shop der Kommission
Sozialpolitik und Gesell-
schaft in Hildesheim

Kindesmissbrauch - nicht mit uns

Durch die Affäre des SPD-Politikers Sebastian Edathy sind die sensiblen Themen Pädophilie und Kinderpornographie in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. In dem Petitionsausschuss vom 19.03.2014, der sich an diesem Tag mit der Bekämpfung von Kinderpornographie beschäftigte, wurden höhere Haftstrafen auf Besitz und Handel von Kinderpornographien gefordert. Die Art und Weise, wie man rechtliche Grauzonen einschränkt und wie man einen besseren Rahmen zur Vorbeugung schafft, wird immer noch weiter diskutiert. Um die aktuelle Situation besser einschätzen zu können, lud der Ausschuss für

Familie, Senioren, Frauen und Jugend diese Woche den Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauches Johannes-Wilhelm Rörig ein. Er verwies auf erfolgreiche Projekte und auf Kampagnen wie „Kein Raum für Missbrauch“ oder „Löschen statt sperren.“ Gleichzeitig appellierte er aber auch daran, „den neuen Schwung“ produktiv zu nutzen. Das Thema Kindesmissbrauch muss einen konstant hohen Stellenwert in politischen Debatten einnehmen, um dieser schrecklichen Form des Verbrechens an der Menschenwürde in Deutschland Einhalt zu gewähren. Schwierig wird es bei der Erfassung von Missbrauch, da sich Be-

troffene aus Scham oft niemanden anvertrauen wollen.

Deshalb stimme ich mit Herrn Rörig überein, dass man Beratungsstellen ausbauen muss und mit ausgebildetem Fachpersonal und auch Betroffene besetzen sollte. Diese sollten für jedermann ohne Probleme zugänglich sein z.B. an Schulen. Meiner Meinung nach sollten insbesondere auch junge Auszubildende in sozialen Berufen befähigt werden, was im Rahmen ihres Berufes notwendig ist, um mit diesem Thema professionell umzugehen.

Nordkorea Fall für Internationalen Gerichtshof

Die UN-Untersuchungskommission zu Nordkorea hat am gestrigen Montag dem Menschenrechtsrat in Genf ihren Bericht vorgestellt. Darin fordert der Kommissionsvorsitzende Michael Kirby eine Strafverfolgung der Mitglieder des nordkoreanischen Regimes durch den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag. Dazu erklären die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Erika Steinbach, und der zuständige Berichterstatter Martin Patzelt:

„Der Bericht belegt erneut systematische Menschenrechtsverletzungen von Seiten des Staates in einer Schwere, einem Ausmaß und einer Art, die in der heutigen Welt keinen Vergleich kennt. Wir unterstützen ausdrücklich die Forderungen des UN-Ermittlerteams, dass die

nordkoreanische Führung unter Präsident Kim Jong Un vor dem Internationalen Strafgerichtshof oder einem Sondertribunal für diese Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden muss.

Opfer sind laut Kommission nicht nur politische Gefangene, Christen und andere gläubige Menschen oder Nordkoreaner, die ins Ausland fliehen, sondern auch diejenigen, die nicht treu zum Regime stehen. Manchmal genüge es, TV-Serien aus dem Ausland anzuschauen, um Repressalien zu erleiden oder im Gefängnis zu landen, heißt es in dem Bericht. Um die Menschen gefügig zu machen, herrsche ein Klima der Angst. Als Verbrechen des Systems wurden unter anderem Mord, Versklavung, Folter, Haft, Vergewaltigung, erzwungene Abtreibungen, Zwangsum-

siedlungen sowie das Aushungern und die Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen genannt.

Darüber hinaus wirft die Kommission der Regierung in Pjöngjang vor, in vier großen Lagern bis zu 120.000 politische Gefangene zu internieren. Die unaussprechlichen Gräueltaten, die an Insassen dieser Gefangenenlager begangen werden, ähneln danach den Schrecken der Lager, die in den totalitären Staaten während des zwanzigsten Jahrhunderts begangen wurden.

Die internationale Staatengemeinschaft muss aus dem Kirby-Bericht Konsequenzen ziehen. Die Verbrechen an den Menschen durch das totalitäre Regime müssen in Den Haag geahndet werden.“

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Markus Zaplata
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Helga Grune
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Manuela Heuer
Berliner Str. 19
15848 Beeskow
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Kein Antisemitismus in der Ukraine

Im Zusammenhang mit der revolutionären Entwicklung in der Ukraine, der Maidan-Protestbewegung, der Krim-Krise und der Annektierung der Krim durch Russland werden von Seiten Russlands Meinungsbilder von antisemitischen und rechtsgerichteten ukrainischen Bevölkerungsgruppen in die Welt gesetzt, um den Westen gegenüber der neuen Regierung in Kiew misstrauisch werden zu lassen. Josef Zissels, Vorsitzender des Vereins Jüdischer Gemeinden und Organisationen in der Ukraine und stellvertretender Vorsitzender des World Jewish Congress, nahm im Menschenrechtsausschuss am Mittwoch Stellung zu dem besonders im Westen negativ aufgenommenen Vorwurf, dass es angeblich eine bedrohliche Tendenz von Nazis und Antisemiten in der Ukraine und der Maidan-Protestbewegung gebe. Er wiederholte mehrfach, dass es keinen Antisemitismus, weder in der Maidan-Protestbewegung noch im neuen ukrainischen Parlament, gebe. Die Juden, etwa 300.000, seien in der Ukraine ein ganz normaler Teil der ukrainischen Gesellschaft, hätten ebenso an den Protesten auf dem Maidan teilgenommen und es gebe nachweislich derzeit keinerlei Gefahr vermeintlicher faschistischer oder antisemitischer Kräfte. Es gebe zwar den einen oder anderen Bericht über entsprechende aktuelle Vorkommnisse,



Josef Zissels, (li), Vorsitzender des Vereins der Jüdischen Gemeinden und Organisationen in der Ukraine und stellvertretender Vorsitzender des World Jewish Congress im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Foto: Deutscher Bundestag/ Achim Melde

diese seien russische Provokation und Propaganda, um den Westen zu verunsichern und die Ukraine zu spalten. Stichhaltig war für mich sein Argument, das er mit Zahlen belegte: Im vergangenen Jahr 2013 habe es in der Ukraine insgesamt nur 13 registrierte Vorfälle gegeben und das sei verglichen mit der Zahl in Deutschland eher wenig. Die ukrainischen Nationalisten von der Partei „Swoboda“, die heute im Parlament saßen, seien zum Teil nur „verbal radikal“ und würden in Ihren Reden und Handlungen sowohl von der Regierung als auch von der Zivilgesellschaft beobachtet und daran gemessen, so Zissels in seinen Ausführungen. Im Parlament seien auch drei Minister mit jüdischen Wurzeln und Minister anderer Minderheiten. Auch auf der Krim, auf der 10.000 Juden leben,

habe es keinen Antisemitismus gegeben. Erst seit der Besetzung durch russische Soldaten habe es Übergriffe gegeben, die Zissels als Provokation von Seiten Russlands wertete. Durch den neuen Status, den die Krim durch die Annektierung durch Russland erfahren habe, seien die Krimtataren die wirklich gefährdete Gruppe. Herr Zissels beendete seine Ausführungen, in dem er sich nachdrücklich gegen eine Teilung der Ukraine aussprach. Er bat um Unterstützung zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilisierung der Ukraine durch den Westen. Wir sollten auch zusammen mit der EU Einfluss nehmen, dass eine demokratisch gewählte Regierung einen friedlichen Weg aus der furchtbaren Spannung und Gefahr findet.